

Gymnasiallehrerinnen und -lehrer gehören ins Parlament

GL alv. Nach einer intensiven Debatte im Grossen Rat hat Marianne Binder ihre Motion, die für Gymnasiallehrpersonen die Wählbarkeit ins Parlament verlangte, zurückgezogen. Gleichzeitig wurde mit Unterstützung des alv ein neuer Vorstoss eingereicht, der es einem grossen Teil der Kantonsangestellten erlauben würde, vom passiven Wahlrecht Gebrauch zu machen.

In der parlamentarischen Bildungsgruppe des alv herrschte parteiübergreifend Einigkeit unter Bildungspolitikerinnen und -politikern darüber, dass es keine Gründe dafür gibt, Gymnasiallehrerinnen und -lehrer daran zu hindern, sich in den Grossen Rat wählen zu lassen. Konsens herrschte auch darüber, dass dieses Anliegen nicht nur für die Lehrpersonen der Mittelschulen, sondern auch für andere Gruppen von Staatsangestellten Gültigkeit habe. Etwas kontroverser tönte es dann im Parlament: Hier äusserten Sprecher der SVP ihren Unmut, ohne jedoch sachliche Argumente einzubringen. Es habe heute bereits zu viele Lehrpersonen im Parlament, wurde moniert. Es sei nicht angebracht, dass jetzt auch noch die

Lehrpersonen der Mittelschulen ihre Anliegen im Parlament vertreten könnten. Versuche, Gruppierungen, die nicht die eigenen gesellschaftlichen Wertvorstellungen teilen, vom politischen Prozess auszuschliessen, kennen wir sonst nur aus eher totalitären Ländern. Es ist zu hoffen, dass diese Tendenzen im Kanton Aargau nicht stärker werden. Das neu eingereichte Postulat gibt Gelegenheit, die Anpassung der Unvereinbarkeitsregeln an die Hand zu nehmen und diese auf eine rechtsstaatlich korrekte Basis zu stellen.

Verkürzung der Schulzeit

In seinem Gesamtkonzept zur Haushaltsanierung präsentiert der Regierungsrat ein Modul, das eine Verkürzung der Ausbildungsdauer bis zur Matur auf zwölf Jahre vorsieht. Die Geschäftsleitung (GL) des alv gibt den interessierten Fraktionen und Mitgliedorganisationen die Gelegenheit, dieses Thema in einer Arbeitsgruppe vertieft zu diskutieren. Dabei geht es darum, pädagogisch und gesellschaftlich sinnvolle Lösungen zu finden, wie das Anliegen praktisch umgesetzt werden könnte. Die Resultate der internen Diskussionen werden dann in die Gespräche

mit dem Departement für Bildung, Kultur und Sport einfließen, wenn es ab dem nächsten Jahr an die konkrete Planung geht.

Runder Tisch Gymnasium

Die GL ist sehr erfreut darüber, dass in Analogie zum Runden Tisch der Volksschule eine entsprechende Gesprächsrunde für die Gymnasien zustande gekommen ist. Der AMV und der alv haben so die Gelegenheit, regelmässig mit den Verantwortlichen der Abteilung Mittelschule und dem Rektorenausschuss der Gymnasien ins Gespräch zu kommen, um anstehende Themen und Probleme zu erörtern. In einer ersten Runde standen Fragen zur Revision des Lohnsystems, der Verkürzung der Schulzeit bis zur Matur und zur Unvereinbarkeitsregelung (vgl. oben) zur Diskussion.

Wichtige Finanzpolitik

Primär ist es Aufgabe eines Lehrerinnen- und Lehrerverbands, sich auf Fragen der Bildung zu konzentrieren. In Zeiten des Bildungsabbaus kommt jedoch den Finanzen eine immer wichtigere Rolle zu. Bildungs- und Finanzpolitik sind nicht mehr zu trennen. Vor diesem Hintergrund beschlossen GL und Verbandsrat, sich intensiver mit der Finanzpolitik des Kantons Aargau zu beschäftigen. Unter dem Dach von ArbeitAargau sollen Initiativen und regierungsrätliche Pläne, die helfen, die Einnahmen des Kantons zu verbessern, unterstützt werden. Es braucht gesunde Kantonsfinanzen, um das Fundament der Bildung zu sichern. Manfred Dubach, Geschäftsführer alv

Aus der alv-Geschäftsleitungssitzung vom 11. September.



Ein Postulat will es Kantonsangestellten ermöglichen, in den Grossen Rat gewählt werden zu können. Foto: Daniel Desborough, © Kanton Aargau.